



Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2017 - 2020

Dienstag, 10. Januar 2017, 18.00 – 19.35 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Erwin Sutter (FLiG), bis Traktandum 4
Monika Gähwiler-Brändle (SP), ab Traktandum 5

Anwesend 27 Mitglieder

Entschuldigt Felix Koller (FDP)
Marlis Eeg-Blöchliger (SP)
Remo Schelb (SVP)

Anwesend Stadtrat 5 Mitglieder

Entschuldigt ---

Traktanden

- 01 Sitzverteilung in den Kommissionen und im Präsidium; Schlüssel 2017/2020
- 02 Wahl Präsidentin oder Präsident für 2017 (geheime Wahl)
- 03 Wahl Vizepräsidentin oder Vizepräsident 2017 (geheime Wahl)
- 04 Wahl von 3 Stimmzähler/-innen 2017
- 05 Wahl der 5 Mitglieder sowie Präsidium Geschäftsprüfungskommission 2017/2020
- 06 Wahl der 5 Mitglieder sowie Präsidium parlamentarischen Baukommission 2017/2020
- 07 Entschädigung Stadtparlament 2017/2020
- 08 Rechtliche Verselbständigung Stadtwerke
- 09 Wilerstrasse, Geh- und Radweg, Vernehmlassungsbeschluss
- 10 Interpellation „Sichere Schulwege für Gossauer Schülerinnen und Schüler“; Antwort
- 11 Hängige Motionen und Postulate 2016

01**Sitzverteilung in den Kommissionen und im Präsidium; Schlüssel 2017/2020**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Präsidiums vom 22. November 2016. Das Präsidium stellt folgenden Antrag.

Die Sitze im Präsidium und in den Kommissionen werden nach vorstehendem Schlüssel verteilt.

Abstimmung über Antrag Präsidium

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

02**Wahl Präsidentin oder Präsident für 2017 (geheime Wahl)**

Es liegt folgender Vorschlag vor:

Gähwiler-Brändle Monika (SP)

Eingegangene Stimmzettel 27, leer 3, das absolute Mehr beträgt 13 Stimmen. Monika Gähwiler-Brändle wird mit 20 Stimmen gewählt.

03**Wahl Vizepräsidentin oder Vizepräsident 2017 (geheime Wahl)**

Es liegt folgender Vorschlag vor:

Mauchle Markus (CVP)

Eingegangene Stimmzettel 27, leer 1, das absolute Mehr beträgt 14 Stimmen. Markus Mauchle wird mit 24 Stimmen gewählt.

04**Wahl von 3 Stimmzähler/-innen 2017**

Es liegen folgende Vorschläge vor:

Als Stimmzähler:

Krucker Adrian (SVP)

Schäfler Ruth (FDP)

Als Ersatzstimmzähler:

Sutter Erwin (FLiG)

Die vorgeschlagenen Personen werden gewählt.

Die neu gewählten Mitglieder des Präsidiums nehmen ihre Plätze ein.

05**Wahl der 5 Mitglieder sowie Präsidium Geschäftsprüfungskommission 2017/2020**

Es liegen folgende Vorschläge vor:

Mitglieder	Baldegger Désirée (SVP) Ebnetter Matthias (FLiG) Galli Silvia (FDP) Gähwiler-Brändle Monika (SP) Scherrer Florin (CVP)
Präsident	Scherrer Florin (CVP)

Die Mitglieder sowie der Präsident werden gewählt.

06**Wahl der 5 Mitglieder sowie Präsidium der parlamentarischen Baukommission 2017/2020**

Es liegen folgende Vorschläge vor:

Mitglieder	Eeg-Blöchliger Marlis (SP) Koller Felix (FDP) Künzle Thomas (SVP) Mock Reto (CVP) Zahner Alfred (FLiG)
Präsident	Künzle Thomas (SVP)

Die Mitglieder sowie der Präsident werden gewählt.

07**Entschädigung Stadtparlament 2017/2020**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Präsidiums vom 20. Dezember 2016 mit folgendem Antrag:

Die Entschädigungen werden wie beantragt beschlossen.

Beschluss

Dem Antrag wird mit 24 Ja, 1 Nein und 2 Enthaltung zugestimmt.

08**Rechtliche Verselbständigung Stadtwerke**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 20. Mai 2016 mit folgendem Antrag:

1. *Die Stadtwerke Gossau werden ab 1. Januar 2018 als selbständiges öffentlich-rechtliches Unternehmen geführt.*
2. *Dazu werden erlassen:*
 - a) *Der 7. Nachtrag zur Gemeindeordnung vom 10. Dezember 1998 gemäss Beilage;*
 - b) *Das „Reglement Stadtwerke Gossau“ gemäss Beilage.*
3. *Das Dotationskapital wird auf CHF 30 Mio. festgelegt.*
4. *Der Übernahmepreis von CHF 7.1 Mio. für das Grundstück Nr. 5789 wird genehmigt.*

Die Vorberatende Kommission stellt am 18. November 2016 folgende Anträge:

1. *Die Vorlage wird an den Stadtrat zurückgewiesen.*
2. *Der Stadtrat wird beauftragt, eine Vorlage für die künftige Organisation der Stadtwerke vorzulegen mit folgenden Rahmenbedingungen:*
 - a) *Die Stadtwerke bleiben ein unselbständig öffentlich-rechtliches Unternehmen.*
 - b) *Im Rahmen dieser Organisationsform wird der Handlungsspielraum der Stadtwerke ausgeweitet.*
 - c) *Die Ebenen Aufsicht, Strategie und Operation werden entflechtet.*

Diskussion

Gallus Hälg (SVP), Präsident der Vorberatenden Kommission, verliest deren Bericht. Die Ausgangslage auf dem Energiemarkt hat den Stadtrat zur Prüfung einer neuen Rechtsform bewogen, um den Stadtwerken unternehmerischen Handlungsspielraum zu ermöglichen. Dabei liess er sich von einer aussenstehenden Fachperson beraten. Er schlägt eine selbständige öffentlich rechtliche Unternehmung vor. Eine solche Auslagerung der Stadtwerke erfordert eine Zustimmung der Stimmbürger. Das neue Unternehmen würde mit einem Dotationskapital von CHF 30 Mio. versehen. Bei einer allfälligen finanziellen Schieflage müsste die Stadt weiteres Kapital einschiessen. Aufgrund der Ausgangslage ist sich die VBK einig, dass eine Änderung nötig ist. Eine Aktiengesellschaft würde indessen kaum gutgeheissen. Dass die Rechtsform der St. Galler Stadtwerke oder die Zusammenarbeit mit den St.Galler Stadtwerke nicht weiter geprüft wurde, hat überrascht. Eine Variante „Status quo plus“ nach dem Muster St. Gallen wurde in der Kommission eingehend dargestellt und besprochen. Bei der vorgeschlagenen Variante des Stadtrates für die Gründung einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Unternehmung sind etliche Fragen offen geblieben. Die VBK möchte indessen keine Nachbesserung der stadträtlichen Vorlage, sondern hat sich für einen Rückweisungsantrag ausgesprochen. Das Beispiel der St. Galler Stadtwerke zeigt, dass auch in einem unselbständigen Unternehmen die nötigen Kompetenzen geschaffen werden können, ohne dass die Aufsicht des Parlamentes dahinfällt. Mit einer minimalen Anpassung der rechtlichen Grundlagen bleiben weitere Varianten wie die Gründung einer AG oder eine Zusammenarbeit mit den St.Galler Stadtwerken für die Zukunft noch offen. Die VBK hat sich auf die politische Überprüfung der Vorlage konzentriert, und nicht die Reglemente im Detail geprüft. Die Kommission ist überzeugt, dass bei einer Rückweisung ein Grossteil der geleisteten Arbeiten für die Weiterarbeit genutzt werden kann. Der Präsident ersucht um Unterstützung der Anträge der VBK.

Sandro Contratto (FDP) ist sich bewusst, dass die Vorlage komplex ist. Er findet dennoch, dass die VBK ein Geschäft zur Handlungsreife bringen soll, und sich deren Arbeit nicht auf eine politische Wertung beschränken kann. Die Stadtwerke Chur funktionieren seit Jahren nach dem vom Stadtrat vorgeschlagenen Modell. Es soll wieder einmal geklärt werden, was der Stadtrat und das Parlament von der Arbeit einer VBK erwarten können. Die Fraktion unterstützt die Anträge der VBK dennoch.

Florian Kobler (SP) anerkennt die heutige schwierige Situation der Stadtwerke. Dass die Stadtwerke im Besitz der Stadt bleiben, ist der wichtigste Punkt. Mit dem vom Stadtrat vorgeschlagenen Weg würden die Stadtwerke der politischen Kontrolle praktisch entzogen. Das Parlament soll weiter mitreden können. Die SP will den heutigen Zustand beibehalten und gezielt verbessern. Das Beispiel St.Gallen zeigt, dass dies funktioniert. Die Stadtwerke gehören zum Service Public. Die Fraktion wird den Anträgen der VBK zustimmen.

Alfred Zahner (FLiG) unterstützt die Haltung der Vorberatenden Kommission. Wenn es gelingt, die Kompetenzen auszuweiten, werden die Stadtwerke den Anforderungen der Zukunft weiterhin genügen.

Markus Mauchle (CVP) stellt fest, dass die Stadtwerke jährlich 3 Mio. aus ihrem Geschäft an die Stadt abliefern, und diese Abgaben weiterhin gesichert bleiben sollen. Ebenfalls müssen die Leistungen und günstigen Energiepreise gewährleistet bleiben. Mit einer Anpassung der Kompetenzordnung unter Beibehaltung der heutigen Rechtsform kann eine gute Lösung gefunden werden, ohne dass die Stadtwerke verselbständigt werden.

Stadträtin Gaby Krapf ist enttäuscht, dass die zukunftsgerichtete Vorlage des Stadtrates so wenig Kredit genießt. Die Mehrheit der Parlamentsmitglieder hat sich vor den Erneuerungswahlen noch für eine Verselbständigung ausgesprochen. Der Stadtrat hat in seiner Vorlage eine AG und eine selbständige öffentlich rechtliche Unternehmung geprüft. Aus der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2013 wurde der Stadtrat mit der Prüfung der Verselbständigung beauftragt, und nicht mit einer Nachbesserung der heutigen Situation. Der Stadtrat hat ein rechtlich vorgeprüftes Reglement dem Parlament vorgelegt, und es hätte von der VBK beraten werden können. Verschiedene Fragen der VBK sind darin beantwortet. Möglicherweise ist die Zeit noch nicht reif für den visionären Schritt einer Verselbständigung. Der Stadtrat wird sich für eine erfolgreiche neue Vorlage einsetzen.

Alfred Zahner (FLiG) betrachtet diese Ausführungen als Schelte an die Arbeit der VBK. Die Fragen sind der VBK erst im Laufe der Sitzungen aufgetaucht. Es blieben zu viele Fragen offen, um einen Entscheid fällen zu können.

Abstimmung über Anträge VBK

Die Anträge werden einstimmig angenommen.

09

Wilerstrasse, Geh- und Radweg, Vernehmlassungsbeschluss

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 23. November 2016. Aufgrund ihrer Beratungen stellt die Parl. Baukommission folgenden Antrag (identisch mit dem Antrag des Stadtrates):

Dem Projekt wird zugestimmt.

Thomas Künzle (SVP) verliert als deren Präsident den Bericht der parlamentarischen Baukommission. Die Sicherheit auf der Wilerstrasse muss verbessert werden. Das Projekt für einen durchgehenden Geh- und Radweg ist eine vertretbare Lösung. Mit der Verschmälerung der Wilerstrasse zu Gunsten des Geh- und Radweges können teure Landerwerbskosten vermieden werden. Mit einer Breite von 6.5 m wird die Fahrbahn der Wilerstrasse zwar schmal, liegt aber immer noch im gesetzlichen Bereich. Dem Projekt kann zugestimmt werden.

Abstimmung über Antrag

Dem Antrag des Stadtrates und der Baukommission wird mit 1 Gegenstimme zugestimmt.

10**Interpellation „Sichere Schulwege für Gossauer Schülerinnen und Schüler“, Antwort**

Florian Kobler (SP) hat am 6. September 2016 mit 18 Mitunterzeichnenden die Interpellation eingereicht. Der Stadtrat hat diese am 7. Dezember 2016 beantwortet.

Der Interpellant **Florian Kobler (SP)** ist froh, dass die Situation auf der Wilerstrasse mit der Erstellung eines Geh- und Radweges verbessert wird. Weitere Problempunkte bleiben aber offen. Der Stadtrat wird eingeladen, weiterhin auf deren Eliminierung zu achten. Nicht einverstanden ist er, dass der Stadtrat die Zufahrt zum OZ Buechenwald als unproblematisch betrachtet. Er beantragt keine Diskussion, hätte aber gerne Ausführungen zum Thema Elterntaxi.

Schulpräsident Urs Blaser orientiert, dass die Eltern für ihre Kinder nichts Gutes leisten, wenn sie diese mit dem Auto (Elterntaxi) zur Schule fahren oder dort abholen. Dies führt häufig zu einer Verkehrsbelastung vor den Schulanlagen und einer Gefährdung der anderen Schulkinder. Rechtlich hat die Schule keine Handhabe dagegen, der Schulweg ist Sache der Eltern. Der Schulrat wird sich dennoch im Rahmen der Legislatur mit dem Thema befassen.

11**Hängige Motionen und Postulate 2016**

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 7. Dezember 2016.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Kenntnisnahme.

Die Präsidentin



Monika Gähwiler-Brändle

Der Präsident



Erwin Sutter

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 15. Januar 2017 genehmigt.